

# KREMSENER NACHRICHTEN

**Andere lügen  
wie gedruckt,  
wir drucken,  
wie sie lügen!**

Erscheinungsort, Verlagspostamt: 3500 Krems – Nr. 2-2011



## Krems in der Schuldenfalle!

**Was bleibt den Bürgerinnen und Bürgern von der „lebenswertesten Stadt Österreichs“? – Zahlen, zahlen und nochmals zahlen!**

„Wir sind Schuldenkaiser!“ lautet die Überschrift eines Artikels zur Finanzlage unserer Stadt im Wirtschaftsmagazin Trend Nr. 6/2011. Darin wird ein düsteres Bild zur Stadtentwicklung entworfen. Durch den neuen Stabilitätspakt müssen Städte und Gemeinden ausgeglichene Budgets erstellen. Wie das in Krems möglich werden soll, konnte man uns auf entsprechende Nachfrage im Magistrat Stadt noch nicht beantworten.

Als Stadt mit eigenem Statut liegt die Finanzhoheit bei uns selbst und das Land kann uns deswegen nicht, wie anderen Sanierungsgemeinden, aus der Schuldenfalle helfen. Ob die Bundesregierung den Appell des Städtebundes nach einer Milliarde zur Linderung der Finanzsorgen für die österreichischen Städte erhört und wie viel davon für Krems abfallen wird, bleibt abzuwarten.

Aber der soziale Kahlschlag, den die Steiermark vor kurzem beschlossen hat, zeigt womit wir jetzt auch in Niederösterreich rechnen müssen – ganz besonders nach den Gemeinderatswahlen 2012 auch in Krems mit neuerlichen Gebührenerhöhungen und Leistungskürzungen ohne Ende. Die Gemeindeaufsicht des

Landes steht jetzt schon bei Darlehensgenehmigungen für Krems voll auf der Bremse und die Banken wollen Krems keine Darlehen mehr geben. Eigentlich hätten wegen dieser Kreditklemme schon einige Bauvorhaben wegen fehlender Finanzierung eingestellt werden müssen.

Budgetabgänge	in Millionen €
5 Jahre > 2005 – 2009	9,9
2 Jahre > 2010 + 2011 geplant 2012	11,3
2013	5,9
2014	6,3
	6,6

Die Defizite der Stadt entwickeln sich dramatisch. Die Aufstellung zeigt, dass der Abgang in den beiden Jahren 2010 und 2011 laut Fi-

nanzplan der Stadt den Abgang der 5 Jahre davor (2005 – 2009) über-treffen wird. Im Untertitel des Trend-Artikels über Krems heißt es: „Die Geschichte der De-facto-Pleite ist lange und ein Weg aus der Schuldenfalle ist nicht in Sicht.“

**Krems liegt mit einer Pro-Kopf-Verschuldung von 6.500 € an der Spitze.** Aber es gibt keine Lösungsvorschläge, um aus dieser Schuldenfalle zu kommen.

Nachdem klar wurde, dass Krems kaum mehr Angebote von Banken für

Darlehensaufnahmen bekommt, hat **KLS-GR Mag. Mahrer** im Februar dem Gemeinderat eine **Resolution an den damaligen Finanzminister Pröll** vorgeschlagen: *Er möge einen Gesetzesentwurf*

*einbringen, der die Städte und Gemeinden vor der Zahlungsunfähigkeit bewahrt. Es soll Pflicht der Österrei-*

*(Fortsetzung auf Seite 2)*



## Einen erholsamen Urlaub

wünschen  
allen unseren Leserinnen und Lesern  
sowie Freundinnen und Freunden

Franz Kral und die KPÖ-Krems  
sowie Ihr KLS-Gemeinderat Mag. Wolfgang Mahrer

## Krems in der Schuldenfalle!

**Was bleibt den Bürgerinnen und Bürgern von der „lebenswertesten Stadt Österreichs“? – Zahlen, zahlen und nochmals zahlen!**  
(Fortsetzung von Seite 1)

chischen Nationalbank (ÖNB) werden, Gebietskörperschaften direkt zu finanzieren, und zwar zu gleichen Konditionen wie sie die Banken von der ÖNB erhalten. Auch sollte dieses Gesetz die Wiedereinführung von Fonds mit zinsgünstigen Krediten zur Finanzierung öffentlicher Infrastruktur in den Gemeinden beinhalten.

**Dies hätte eine Finanzierungs-sicherung für unsere Stadt und wesentliche Zinsersparnisse gebracht.**

Davon wollte ÖVP-Bgm<sup>in</sup> Rinke nichts wissen. Offenbar will man den Weg der weiteren Belastungen unserer Bür-

kel „2035 werden wir wieder eine superpul-sierende Stadt sein“. Bis dahin droht offen-bar schuldenbeding-ter Stillstand! Um dies nicht offenkundig werden zu lassen, sind – wie man hört – schon Werbestrategen im Auftrag der ÖVP in der Stadt, die Bgm<sup>in</sup> Rinke „Verdienste“ vor der Wahl besser vermarkten sollen.

VbGm. Dr. Resch glaubt laut Trend, der Stadt wäre geholfen, wenn das Land die Musikschule übernimmt. Aber das hat man auch beim Krankenhaus geglaubt. Die Kosten für das Krankenhaus wurden seitdem trotz der Übergabe an das Land nicht kleiner und an den Schulden zahlen wir noch lange.

**FPÖ-GR Dr. Rosenkranz will um zu sparen, 120 der 450 Magistratsbediensteten kündigen. Als ob der Stadt mit noch mehr Arbeitslosen geholfen wäre.**

**Bgm<sup>in</sup> Rinke von der ÖVP meint im Trend-Artikel, unsere Bürger wären in den letzten Jahren zu sehr verwöhnt worden! Womit? – Mit den Preislawinen bei Wasser, Kanal, Müll und AST-Taxi, den gestiegenen Parkgebühren sowie den**

**neuen Grünen Zonen, gekürzten Stadtbuslinien und Intervallen, seit Jahren fehlendem kommunalen Wohnbau und folglich Wohnungs-/Immobilienpreisen wie in Wien oder Kitzbühel?**

Die Millionen an Förderungen für Donau-Uni, Fachhochschule und Kunstmeile kommen zum Großteil auswärtigen Studenten und Touristen sowie dem Prestige unserer Lokalpolitiker zugute. Für das neue Schulzentrum werden die Kinder, die dort jetzt in den Kindergarten gehen, noch die Schulden abbezahlen, wenn ihre eigenen Kinder schon in die Volksschule gehen.

Bleibt abzuwarten, woher Bgm<sup>in</sup> Rinke das fehlende Geld für ein stabilitätspaktkonformes, ausgeglichenes Budget nehmen wird. Hoffentlich nicht nur aus den Taschen unserer BürgerInnen oder durch das Zusperrern von Hallen- und Freibad sowie der Kunsteisbahn. Auf einem neuen Stadtbus prangt der Slogan „550 neugeborene Kremser jährlich. Herzlich willkommen!“ Das kann man Bgm<sup>in</sup> Rinke gerne glauben, denn diese Babys werden ja einmal die von ihr gemachten Schulden mitzahlen.

GR Mag. Wolfgang Mahrer



gerinnen und Bürger nach der Wahl weitergehen. So bettelten seinerzeit ÖVP, SPÖ, Grüne und FPÖ in einer Resolution an den Landtag um die Einführung der „Grünen Zonen“ mit der Begründung: „Es bedarf neuer Möglichkeiten Einnahmen zu lukrieren.“ Dies ist offenbar der Weg dieser Parteien Schulden in die Taschen der Bürger zu verlagern. Trotzdem werden die Schulden nicht kleiner.

**ÖVP-Bgm<sup>in</sup> Rinke vertröstet (und meint wohl – irgendwann im nächsten Leben!) im Trend-Arti-**

## Aus dem Gemeinderat

### Über die Arbeit unseres KLS-Mandatars im Gemeinderat – Mag. Wolfgang Mahrer

In der April-Sitzung des Gemeinderates stellte Mag. Mahrer folgende Anfragen:

➔ Beim Beschluss im Juni 2010, der EVN die Betreuung der öffentlichen Beleuchtung zu übertragen, wurde festgelegt, vor einer Verlängerung um ein weiteres Jahr dem Gemeinderat einen Prüfbericht über die Leistungen der EVN vorzulegen.

Die Frage war, wann dieser Bericht vorgelegt wird und von welchem unabhängigen Prüfgremium er erstellt wird. Wobei besonders von Interesse ist, ob die Stadt tatsächlich eine Einsparung erzielt hat.

**Statt einer Antwort verkündete Bgm<sup>in</sup> Rinke, dass der Bericht später vorgelegt wird, da man vorerst keinen**  
(Fortsetzung auf Seite 4)





# Parteilos und KLS-Gemeinderat?

Interview der Kremser Nachrichten (KN) mit GR Mag. Wolfgang Mahrer (KLS)

*KN: Viele KremserInnen zweifeln, ob Sie wirklich parteilos sind. Wie stehen Sie dazu?*

**GR Mahrer:** Ich bin 1991 aus persönlichen Gründen aus der KPÖ ausgetreten, habe aber meine linke Gesinnung deswegen nicht abgelegt. Auch meine Freundschaft zu Franz Kral und vielen anderen in der KPÖ ist geblieben.

*KN: Warum legen Sie, wenn sie laut Selbstdefinition von Herzen Linker sind, so viel Wert auf ihre Parteilosigkeit?*

**GR Mahrer:** Wenn man als Parteifunktionär im Gemeinderat, Landtag oder Parlament sitzt, gibt es den Fraktionszwang und dadurch wird das Wohl der eigenen Partei immer an erste Stelle gestellt. Nur als Parteiloser kann ich weisungsfrei nach eigener freier Meinung zum Wohle der Bürger denken und abstimmen. So ist es ja eigentlich in unserer Verfassung vorgesehen, dass Mandatare frei und unabhängig und nicht unter Fraktionszwang entscheiden. „**Freie Mandatare für freie Bürger**“ ist meine Vorstellung von Demokratie. Ich sitze als Bürger im Gemeinderat und nicht als Parteipolitiker. Dies macht es vor allem Bgm<sup>in</sup> Rinke, aber auch anderen, schwer, mich zu verstehen. Sie denken immer nur an die Parteiinteressen, die Stadtfinanzen und Budgetnöte. Ich hingegen denke an die Geldnöte der Bürger und kämpfe dagegen, dass ihnen noch tiefer in die Taschen gegriffen wird.

*KN: Wie kommen Sie darauf, dass die Parteien immer das Parteiwohl vor das Bürgerwohl stellen?*

Wenn man die 500 Seiten des Buches „**Politikfinanzierung in Österreich**“ von Hubert Sickinger liest oder das Buch von NEWS-Chefredakteur



**KLS-GR Mag. Wolfgang Mahrer**

Kurt Kuch „Land der Diebe“, sieht man, wie sehr sich die Parlamentsparteien ihre Kassen immer mehr vollstopfen. Gleichzeitig werden für Bürger, selbst für Behinderte, die Leistungen immer mehr gekürzt. Laut Sickinger ist die gesamte staatliche **Parteienfinanzierung von 1980 – 2009 um 512 % (von 10,3 auf 58,6 Mio €) gestiegen**. Dies zeigt die unveränderte **Selbstbedienungsmentalität** bei der sich alle fünf Parlamentsparteien einig sind. Jede Organisation braucht Geld, um sich zu erhalten, Parteien zusätzlich für ihre Werbung. Wie viel Werbung ist aber notwendig? Wer kann dies objektiv entscheiden, wenn er den Steuerzahler dafür zahlen lässt? Wie kommen parteilose Bürger dazu, mit ihren Steuern für die Parteien zu zahlen, wo sie doch bei öffentlichen Postenvergaben ohne Parteibuch keine Chance haben?

*KN: Glauben Sie, dass das auch für die KPÖ gelten würde?*

**GR Mahrer:** Nicht in dieser Form. **Positiv ist, dass die Funktionäre und**

**Mandatare auf KPÖ- und KPÖ-nahen Listen z. B. ihre Bezüge nicht behalten dürfen.** Die Mandatsbezüge fließen wie z. B. bei mir zu 100 % in die Öffentlichkeitsarbeit (Kremser Nachrichten und Plakate) oder in der Steiermark in einen absolut transparenten Sozialfonds. Damit gibt es keine hochbezahlten Berufspolitiker unter den KPÖ-Mandataren. So ist auch sichergestellt, dass linke Mandatare wie alle anderen Bürger die Auswirkungen der Gesetze zu spüren bekommen und nicht finanziell abgehoben entscheiden. Ich habe meine ASVG-Pension von netto 1.969 € und spüre daher wie die meisten KremserInnen was es bedeutet, wenn Park-, Wasser-, Kanal- und Müllgebühren laufend drastisch erhöht werden. Heuer habe ich sogar weniger Pension, da man den Alleinverdiener-Freibetrag gestrichen hat. Unsere Kommunikation mit den Bürgern basiert auf Information (z. B. die Kremser Nachrichten) und nicht auf öffentlich finanzierten Plakat- und Postwurfschlachten.

*KN: Warum haben Sie als Parteiloser nicht mit einer Namensliste kandidiert?*

**GR Mahrer:** Erstens wurde ich von meinem Freund Franz Kral, den ich seit meiner Jugend kenne, gebeten, mit ihm für die **KLS** zu kandidieren, und habe dann sein Mandat „übernommen“. Die genaue Listenbezeichnung der KLS lautet **Kommunisten, Linkssozialisten und Parteilose**. Da passe ich doch als von Herzen Linker und Parteiloser gut dazu. Die Versuche anderer (Zöch, Stieger) alleine zu kandidieren waren auch nie erfolgreich, da ihnen der organisatorische Rückhalt fehlte. Zweitens ist da noch meine linke Familientradition, mein Großvater, Alois Mahrer, war von 1918-1934 sozialdemokratischer amtsführender Gemeinderat (Stadtrat) und meine Mutter war 1945 für die KLS die erste Frau im Kremser Stadtrat. Auf ihre Arbeit, besonders die meiner Mutter, bin ich heute noch stolz. Sie hat den Frauen den Weg in die Politik geebnet und Krems trotz der Kriegszerstörungen zur Schulstadt aufgebaut.

## Sprechstunden

des KLS-Gemeinderates Mag. Wolfgang Mahrer  
finden in den Ferienmonaten Juli und August nur nach  
telefonischer Vereinbarung unter 0664/524 98 62 statt.

Ab September wieder jeden Montag von 16:00 bis 17:00 Uhr  
in den Räumen der KPÖ, 3500 Krems, Obere Landstraße 8



## Aus dem Gemeinderat

### Über die Arbeit unseres KLS-Mandatars im Gemeinderat – Mag. Wolfgang Mahrer

(Fortsetzung von Seite 2)

*von der EVN unabhängigen Gutachter gefunden hat!*

>> Uns von der KLS hätte am meisten die Kostenfrage interessiert. Hat sich Krems etwas erspart oder nicht. Das festzustellen wäre das Kontrollamt wohl auch in der Lage gewesen. Die technischen Fragen sind sowieso in der Verantwortung der von der EVN beauftragten Subfirmen.

⇒ GR Mahrer fragte nach der Entwicklung der Zahlen bei den Anmeldungen von SchülerInnen im neuen Schulzentrum und nach den Auswirkungen von rückläufigen Schülerzahlen auf die Finanzierung der Schule.

*Laut Antwort von Bgm<sup>in</sup> Rinke betragen die Schüleranmeldungen für die 1. Klassen des kommenden Schuljahres (Vergleichszahlen des laufenden Jahres in Klammer) bei der Hauptschule derzeit 53 (56), Sonderschule 6 (6) und in der Polytechnischen Schule (Poly) 28 (72!!!). Die von den Gemeinden zu zahlenden „Kopfquoten“ im „Poly“ von 2.295 Euro im Schuljahr 2009/10 haben*

*sich jetzt auf 7.220 Euro (!!!) mehr als verdreifacht.*

*Es gibt Presseberichte über die Bemühungen der Bürgermeister von Umlandgemeinden, ihre Hauptschulabgänger in die Handelsschule oder andere Bundesschulen zu schicken. Bgm<sup>in</sup> Rinke hat trotz des extremen Rückganges bei den Anmeldungen zur Polytechnischen-Schule davon nichts gehört und will daher auch nichts dagegen unternehmen.*

>> Nach Ansicht der KLS werden sich durch den Anmeldeschwund die Kopfquoten im „Poly“ nochmals vervielfachen und damit die Kosten bald Universitätsniveau erreichen! Da die Anmeldungen großteils aus Krems stammen, bleibt unsere Stadt allein auf diesen explodierenden Kosten sitzen! Aber Nachdenken, wie es zu diesem kostenmäßigen Desaster im „Poly“ kommen konnte, und was man dagegen tun könnte, lehnt Bgm<sup>in</sup> Rinke offenbar ab, sonst hätte sie die Frage, was sie dagegen unternehmen will, nicht mit „NICHTS“ beant-

wortet. Das Finanzierungsmodell dieses Schulzentrums ist, wie wir schon berichteten, eine Katastrophe und einer der Hauptgründe für die Finanzierungskrise, in der unsere Stadt steckt. Übrigens ist der Turnsaal, laut Aussagen aus der Schule, überschwemmt worden und im Sommer muss der Estrich teilweise ausgetauscht werden. Auch die Ansaugstelle der Lüftungsanlage muss verlegt werden. Wenn etwas zu schnell gebaut wird, sind Baumängel unausweichlich. Fragt sich nur, wer das bezahlt?

**In der Maisitzung wurden weitere zwei Anfragen von GR Mahrer behandelt:**

⇒ Jugendliche in der Mitterau hatten von Plänen gehört, ihren Spielplatz „Schwarzer Platz“ mit einem Supermarkt zu verbauen.

*Bgm<sup>in</sup> Rinke konnte diese Ängste zerstreuen, der Spielplatz bleibt erhalten!*

⇒ Bewohnern der Raabengasse wurden in den letzten Monaten wiederholt Wohnungsfenster eingeschlagen, Türen eingetreten und so lange gegen ihre Wohnungstüre uriniert, bis im Vorraum eine stinkende Lacke stand. **Die Frage war**, ob man dieses Gässchen bzw. die Stiege in



## Grüne Zone – Kurzparkzonen Stein: Rinke löst Probleme, die es ohne sie gar nicht gäbe!

Mit Kurzparkzonen will Bgm<sup>in</sup> Rinke dem Parkchaos auf den Steiner Plätzen begegnen, welches durch die aus den Grünen Zonen verdrängten Autos entstand. Eine kleine Erleichterung für die Geschäftsleute mag das bringen, aber wo sollen die Anrainer mit ihren Autos hin?

Offenbar kann sich Bgm<sup>in</sup> Rinke nicht vorstellen, dass es Menschen gibt, bei denen das Geld gerade noch für die Miete, das tägliche Leben und das Auto samt Sprit, um damit in die Arbeit zu fahren, reicht. Beim Parken aber müssen sie verzweifelt versuchen, den Parkgebühren zu entkommen, da sonst gar nichts mehr vom kargen Lohn überbleibt.

**So wie Bgm<sup>in</sup> Rinke wegen der Finanznot der Stadt nach immer neuen Einnahmequellen sucht, genauso verzweifelt versuchen die Menschen, diesen Gebührenfallen zu entkommen, da auch ihr Geld immer weniger wird.**

Aber die Jagd nach dem letzten Cent in den Taschen der Bürger wird erst nach der Gemeinderatswahl 2012 so richtig losgehen, wenn der Stabilitätspakt und die

monströsen Schulden der Stadt weitere Gebührengexzesse seitens der Stadtpolitik erzwingen werden.

**Parkchaos vermeiden –  
Grüne Zone abschaffen – KLS!**



Schaukastenplakat der KLS zu den Grünen Zonen





## EMPÖRT EUCH!

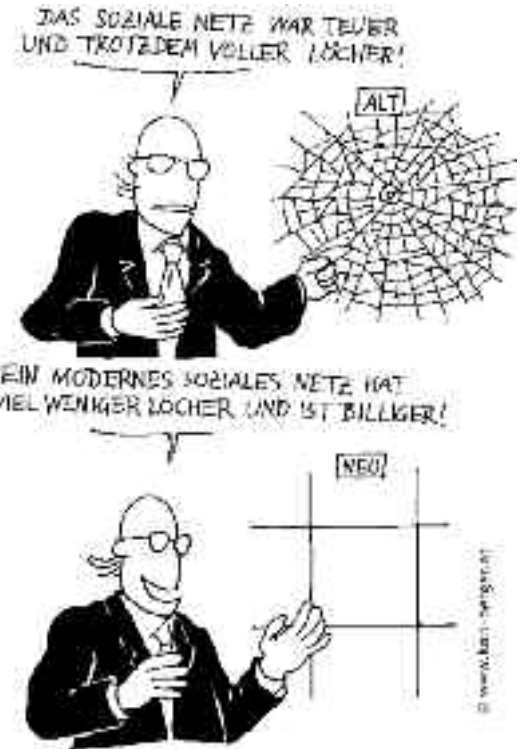
ist ein 14-seitiges Essay des ehemaligen französischen Widerstandskämpfers Stéphane Hessel, der 1917 in Berlin geboren wurde. Es wurde im Oktober 2010 veröffentlicht und bis Februar 2011 wurden mehr als eine Million Exemplare verkauft. Auch in Deutschland gelangte das Buch schnell auf die Bestsellerlisten. Bei uns wird es noch als Geheimtipp gehandelt.

Hessels Ausgangspunkt sind die Ideale und Ziele der französischen Widerstandskämpfer, an die er sich erinnert und die er mit den heutigen Verhältnissen und Auffassungen in Frankreich vergleicht. Dieses „Verständnis“ möchte er an die jüngeren Generationen weitergeben. Er stellt

fest, dass die Grundlage, auf der die französische Republik nach dem Zweiten Weltkrieg gegründet wurde, heute gefährdet sei – nämlich der Sozialstaat und die Verpflichtung für die Menschenrechte, wie sie in die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte eingeflossen waren, an der Hessel einst mitgewirkt hatte. Deshalb ruft er dazu auf, diesen Werten wieder zur Geltung zu verhelfen.

*Dieselbe Entwicklung ist auch in Österreich und den anderen EU-Ländern gegeben.*

Als Beispiele für eine verfehlte Politik nennt Hessel viele Bereiche: Die Diskriminierung von Ausländern, den Sozialabbau, insbesondere bei der Alterssicherung, den Konzentrationsprozess bei der Presse und ihre gefährdete



**Die Inflation kommt wieder in Schwung!**

der Nacht mit zwei Gittertoren versperren könnte, um die Bewohner vor dem Vandalismus der betrunkenen Jugendlichen zu schützen.

*Bgm<sup>in</sup> Rinke meinte, dies sei möglich, wenn alle Anrainer und die Blaulichtorganisationen einverstanden sind. Jetzt liegt es am Magistrat*

*den Bewohnern zu helfen!*

*>> Sofort nach Erscheinen des NÖN-Berichtes zu dieser Anfrage, meldete sich auch eine Bewohnerin der Burgstiege. Auch dort hat man dieselben Probleme und alle Anwohner seien sich einig, dass man dieselbe Lösung haben will.*

Unabhängigkeit, den Zugang zur Bildung sowie die Entwicklungspolitik nach der Wirtschaftskrise. Die israelische Politik in den besetzten Gebieten findet er empörend. Er stellt fest, dies alles seien aber nur Beispiele. Wer genau genug hinsehe, werde genügend weitere Anlässe zur Empörung finden.

Das Buch fordert die LeserInnen zu einer engagierten Lebenshaltung auf, zu gewaltloser Revolte und zivilem Ungehorsam. Die Komplexität der gesellschaftlichen Strukturen und Beziehungen lässt einfache Erklärungsmuster nicht zu. Doch „das Schlimmste, was man sich und der Welt antun“ könne, sei die Gleichgültigkeit gegenüber den politischen Verhältnissen, betont Hessel.

*Auch die aktuelle Protestbewegung in Spanien mit der Besetzung des Madrider Platzes „Puerta del Sol“ beruft sich auf diese Werte Stéphane Hessels. Die Jugendlichen empören sich öffentlich statt in resignatives Selbstmitleid der „No-Future“-Generation und dem Alkoholismus zu verfallen.*

Hessels Manifest endet mit dem Appell: „Neues schaffen heißt, Widerstand leisten. Widerstand leisten heißt, Neues schaffen.“

Zusammengefasst nach: [http://de.wikipedia.org/wiki/Emp%C3%B6rt\\_Euch!](http://de.wikipedia.org/wiki/Emp%C3%B6rt_Euch!)  
Ergänzungen der Redaktion in Kursivschrift.  
Erhältlich in der Buchhandlung Schmiedel um 4,20 Euro.

## LETZTE MELDUNG:

### AST-Taxi nach Egelsee soll billiger werden!

Aus zuverlässiger Quelle kommt die Meldung, dass der Kampf der Egelseer BürgerInnen und von KLS-GR Mag. Mahrer gegen die „Schikanezone“ beim AST-Taxi von Erfolg gekrönt sein wird. Das AST-Taxi nach Egelsee wird, wenn der Gemeinderat die Änderung beschließt, 5 Euro statt 7,50 Euro vom Bahnhof aus kosten. Ursprünglich war die Tarifzone Rehberg für ca. 300 m auf die Landesstraße nach Egelsee ausgedehnt worden, um eine dritte Zonengebühr von 2,50 Euro berechnen zu können. 280 Egelseer BürgerInnen hatten mit ihrer Unterschrift protestiert. GR Mahrer hatte mit einer Anfrage im Gemeinderat, die Ungerechtigkeit dieser zusätzlichen Zone thematisiert. Besonderen Dank hat sich die Egelseerin verdient, die diese Unterschriften sammelte und Fr. Bgm Rinke überreichte.

# Die Wut der Pensionisten

– ein Leben lang gearbeitet, als Ältere der Kosten wegen aus den Betrieben gedrängt, aber für die Politik Volksschädlinge

Im „Österreichischen Stabilitätsprogramm für die Jahre 2010 bis 2014“ wird auf Seite 39 berichtet, dass der Rat der EU die österreichischen Behörden auffordert, das Pensionsantrittsalter hinaufzusetzen. Dies soll durch Reformen geschehen, durch die die Anreize für ältere ArbeitnehmerInnen verstärkt werden „für einen Verbleib im Arbeitsleben durch Umsetzung einer umfassenden Strategie, einschließlich beruflicher Fortbildungsmaßnahmen, einer Anpassung der Arbeitsbedingungen und

einer Verschärfung der Vorruhestandsregelungen.“

**Erstens** sollten der österreichische Wähler und das von ihm gewählte Parlament über Änderungen unserer Pensionsgesetze entscheiden und nicht ein Befehl des EU-Rates, welcher nicht durch demokratische Wahlen legitimiert ist.

**Zweitens** war es gerade dieser EU-Rat, der mit seinen neoliberalen Privatisierungsvorgaben die Frühpensionierung zehntausender Bedien-



steter bei Post, Telekom, Bahn etc. gemeinsam mit der österreichischen Regierung zu verantworten hat.

(Fortsetzung Seite 7 oben)

## Die verkaufte Republik – Österreich im Würgegriff der Parteien

von Mag. Wolfgang Mahrer

**Viel Negatives ist in letzten Zeit in Österreich ans Licht gekommen.**

- Die Millionenprovisionen, die bei Grassers Privatisierungen an seine FPÖ-Freunde geflossen sind.
- Ein Ex-Finanzminister als Steuerhinterzieher.
- Die Justiz, die auf Zuruf einer Modekette einen Maffia-Prozess gegen Tierschützer vom Zaun bricht und diese Menschen trotz Freispruchs wirtschaftlich ruiniert, da man ihnen nicht einmal die Anwaltskosten ersetzt.
- Zugleich erhält ein österreichischer „Baron“ und Waffenlobbyist, der von seinem britischen Rüstungskonzern mit Schweigegeld freigekauft wurde, für eine Woche Untersuchungshaft in London über 430.000 Euro Entschädigung!
- Fehlspekulationen um hunderte Millionen (ÖBB, Hypo Adria) ohne politische Folgen.
- Vetternwirtschaft der Parteien bei Postenbesetzungen im öffentlichen Bereich z. B. im Innenministerium durch Strasser als ÖVP-Innenminister.
- Politische Mandatare unter Fraktionszwang, die von ihren hohen Politikerbezügen bis zu 20 % an Parteisteuer abliefern müssen, damit sie nur ja immer wissen, dass ihre Partei bei der Ausübung ihres Mandats das

Sagen hat und nicht der Wähler.

- Stimmenverkauf in Form von Lobbying (Strasser).
- Eine Korruptionsstaatsanwaltschaft, die so unterbesetzt ist, dass sie ihren Aufgaben gar nicht nachkommen kann, sodass Ermittlungen gegen Grasser & Co ewig dauern.
- Politikerangebote an Ausländer – Staatsbürgerschaft gegen Parteispende.
- Unnötige Regierungsinserate, unzählige Beraterverträge ohne Gegenleistung.
- Die Selbstbedienung am Steuergeld im Zuge der Parteienfinanzierung durch alle Parteien gemeinsam.
- Private Bereicherung an diesen Parteienförderungen durch einen von der „Krone“ hochgepuschten Europakritiker.

Diese Liste lässt sich noch weiter verlängern. Egal welche der Parlamentsparteien wo an der Macht ist, es gibt Machtmissbrauch in Form von Postenschacher, Lobbying oder Korruption und wenn es nur Inserate in

Parteimedien sind.

**Postenbesetzungen** erfolgen fast nur nach Parteibuch. Andere haben keine Chance, wie die Ausgrenzung von Fr. Prof. Hrubesch bei der **Direktorenbestellung für die HLF Tourismusschule in Krems** zeigt. **Selbst höchstgerichtliche Urteile hindern die Parteistrategen in den Landeschulräten nicht daran, ausschließlich ihre Kandidaten durchzusetzen.** Das ist die Verhöhnung des Rechtsstaates in Reinkultur.

**Unklärliche Grundstückskäufe** in der Au um 4 Millionen durch die **Stadt Krems**, die **undurchschaubare Privatisierung der Wachauer Messe AG, Bürgerspitals- und Gozzoburg-Skandal**, ermöglicht durch **bewusste Ausschaltung des Kontrollamtes** – auch **Krems ist keine „heile Welt“ in diesem Politsumpf** namens Österreich. Es gilt in diesem Artikel wie in Österreich üblich, natürlich für alle die **Unschuldsumutung!**

**Empört Euch – in Krems und in ganz Österreich!**

### Fehlerberichtigung:

In der letzten Ausgabe der Kremser Nachrichten ist uns bei der Höhe der Kosten der Pressestelle ein Druckfehler unterlaufen. Im Interesse ehrlicher Berichterstattung müssen wir den Satz wie folgt korrigieren: „Für solche ÖVP-Werbung beschäftigt Bgm<sup>in</sup> Rinke eine Presseabteilung, die die Stadt 160.000 Euro im Jahr kostet.“ Wir hatten irrtümlich 260.000 Euro geschrieben und bitten diesen Fehler zu entschuldigen.





**Drittens** wurden erst in den letzten Wochen zwei meiner Bekannten gekündigt, beide Mitte fünfzig, trotz guter Arbeit und Auftragslage. Bei einem wurde die von ihm bediente Anlage nach Polen verlagert. Der andere war wegen seiner jahrzehntelangen Mitarbeit im Betrieb dem Chef einfach zu teuer geworden. Beide Kündigungen dienten ausschließlich der Gewinnvermehrung.

Was passiert mit den abertausenden so ausgebooteten älteren Arbeitnehmern? Sie werden wegen ihrer höheren Löhne gekündigt und haben zu diesem, aber auch einem niedrigeren Lohn, keine Chance, einen gleichwertigen Job zu finden. Jahrelang werden sie dann zwischen Berufsbildung durch das AMS, Krankenkasse, Pensionsversicherung und Sozialhilfe (Mindestsicherung) in menschenunwürdiger Art und Weise hin- und hergeschoben, oder sie haben „Glück“ und landen auf einem unterbezahlten Leiharbeitsplatz.

Dabei verlieren sie ihr Selbstwertgefühl und ihren erarbeiteten Wohlstand, oft auch ihre Familie sowie Haus oder Wohnung.

Aber die Regierung bestellt sich laufend um viel Steuergeld „Experten“, die feststellen, dass die Menschen länger arbeiten sollen. Nie aber wird der Wirtschaft die Pflicht auferlegt, die älteren Mitarbeiter im Betrieb zu halten. Dort heißt es nur, Profit-

maximierung um jeden Preis! Auch um den Preis des Lebensglücks ihrer jahrelangen Facharbeiter.

Wenn sich dann Mitarbeiter in die Pension flüchten wollen/müssen werden sie zu Volksschädlingen hochstilisiert. Nicht die profitgeilen Manager schädigen mit ihren gewinnsteigernden Kündigungen nach Ansicht der Politik die Gesellschaft, nein die zwangsweisen „Frühpensionisten“! Aber da waren doch auch Regierungsmitglieder, wie ÖVP-Unterrichtministerin Gehr, die unzählige Lehrer in die Frühpension abgeschoben hat, damit sich ein „Nulldefizit“ ausgeht. Heute haben wir deswegen einen Lehrermangel!

Mir selbst und mehreren anderen älteren Mitarbeitern wurde mit 55 Jahren von den Managern, die dieses Kremser Traditionsunternehmen herunterwirtschafteten, nahegelegt, mir eine Lebensplanung ohne EYBL zurechtzulegen. Durch meine Behinderung konnte man mich zum Glück aber nicht, wie so viele andere, kündigen. Mit Altersteilzeit und sündteurem Nachkauf von Schul-/Studienzeiten habe ich es geschafft, mit 60,5 Jahren in Pension gehen zu können.

Der Nachkauf der Ausbildungszeiten kostete zehntausende Euros. Ein Glück, dass ich dieses Geld vorher ansparen konnte. Der Betrag entspricht fast zwei Jahren

meiner Nettopension. Wen wundert es, dass ich meine Fäuste ballte, wenn ich wieder über Expertengutachten zur Pensionsproblematik und die entsprechenden Aussagen unserer Regierung und des EU-Rates zu diesem Thema lese. Selbst haben sie dicke Gehälter und fette Spesen, die „Experten“ höchste Honorare, aber allesamt keine Ahnung, was unten mit den Menschen geschieht – oder es ist ihnen egal. Mich wundert, dass die Politiker in den Pensionistenvereinen nach ihren heuchlerischen Sonntagsreden nicht mit dem berühmten „nasen Fetzen“ hinaus gejagt werden.

*Ihr Wutpensionist –  
GR Mag. Wolfgang Mahrer*

**Der Euro-Rettungsschirm nutzt nicht den Griechen und Portugiesen, sondern nur den großen Banken, Versicherungen, Pensionsfonds und Spekulanten**

**Millionen Menschen EU-weit sollen dafür zahlen – mit Sozialabbau, Lohnverzicht und Verarmung**

**Daher:**

**Diesem freien Spiel der Großkonzerne, Banken und Versicherungen endlich ein Ende bereiten – sie gehören in öffentliche Hand!**

**KPO**  
KREMSER POLITIKER

## „Der Scharfmacher – Als FPÖ-Abgeordneter wettet Walter Rosenkranz gegen ‘kriminelle Scheinasylwerber’, als Anwalt vertritt er Ausländer – nicht immer zu deren Vorteil“

Dies war der Aufmacher zu einem Artikel auf Seite 29 im „Profil“ vom 23.5.2011.

Ein Inder, der seit dem Jahr 2000 mit Visum in Österreich lebt und arbeitet, hatte Dr. Rosenkranz, der in seiner Expertise\* als Rechtsanwalt „Fremden- und Asylrecht“ anführt, das Mandat zur Visumsverlängerung erteilt und erhielt darüber auch eine Bestätigung. Das Visum wurde aber trotz Rückfragen von Dr. Rosenkranz nie bei der Behörde eingereicht. Jetzt steht der Inder ohne Aufenthaltstitel da und verklagte Dr. Rosenkranz. In

einem Vergleich verpflichtete sich Dr. Rosenkranz an den Inder binnen zwei Wochen 4.670 € zu zahlen.

Da er nicht überwiesen hat, wurden laut Profil Anfang Mai sein Nationalrats- und Gemeinderatsbezug gepfändet. Am 20. Mai ging dann das Geld samt Exekutionskosten am Konto des neuen Anwaltes des Inders ein.

Schon im März berichtete die NÖN (Woche 11/2011 S.10), dass die Kremser Bank die Zwangsversteigerung des Realitätsbesitzes von Dr. Rosenkranz begehrte.

Wir fragen uns, wie jemand, der selbst solche finanziellen Probleme hat und seine Mandanten so im Regen stehen lässt, Österreich und unsere Stadt retten will?

H. C. Strache und seine Mannen von der FPÖ, stellen sich ja selbst gerne als Retter dar!

\*[http://www.mcadvo.at/AT/de/rechtsanwalt\\_wien/133\\_2000484ce\\_Walter\\_Rosenkranz\\_1010\\_Wien.htm](http://www.mcadvo.at/AT/de/rechtsanwalt_wien/133_2000484ce_Walter_Rosenkranz_1010_Wien.htm)

Unter diesem Link findet man neben Adresse und Telefon auch die Rechtsgebiete von: Dr. Walter Rosenkranz u. A. > Fremden- und Asylrecht



**KULTUR MITTE**  
3500 KREMS – OBERE LANDSTRASSE 8

## „Im Alltäglichen das Wunderbare sehen“ von Johanna Baumgartner

Die Ausstellung wurde am 1. April von Vzbgm. Mag. W. Derler eröffnet und war vom 2. – 16. April 2011 geöffnet.

**Johanna Baumgartner** ist 1951 in Schönbach im Bezirk Zwettl geboren und aufgewachsen, lebte einige Jahre in Krems und zog dann berufsbedingt nach Wien.

1990 erkannte sie ihr Talent mit Farben aller Art umzugehen und begann neben ihrem Krankenpflegedienst autodidaktisch auf Holz, Leinen und Papier zu malen.

Nach Kursen im Stift Geras, Ölmalerei bei Prof. Hollemann, Aktzeichnen in der Wiener Urania bei Prof. Pill, Kunstgeschichte bei Prof. Braun in der Kunstschule Lazarettgasse wird die Kreativität zur Leidenschaft.

Nach erfolgreichen Ausstellungen in Krems, Absdorf und Wien wird jetzt in der Pension die Malerei zur Berufung. Ihre bevorzugten Maltechniken sind die Öl- und Acrylmalerei. Im Herbst beginnt das Vorbereitungsseminar für die Kunstschule in Wien. [www.art-joanna.at](http://www.art-joanna.at)



## Lesung von Renate Lind:

Am 15. April, einen Tag vor dem Ende der Ausstellung, waren die Bilder der oben genannten Ausstellung der stimmungsvolle Rahmen, als die Schriftstellerin vor zahlreichem begeistertem Publikum aus ihren Werken las.

## „Spurensuche“ Mythologische Interpretationen von Ingrid Loibl

Am 17. Juni wird nach der Begrüßung durch Franz Kral seitens der Kultur Mitte und den einführenden Worten von Karin Eder Bgmi<sup>n</sup> LAbg. Inge Rinke diese Ausstellung eröffnen.

Wie ein roter Faden läuft in Ingrid Loibls Bildern die Thematik einer metaphorischen Verbindung zwischen Erde und Frau. Die Synchronizität dieser beiden Elemente äußert sich durch Motive wie Göttinnen und Archetypen in Form von mythologischen Interpretationen.

Das Urprinzip des ständigen Erneuerns, Werdens und Vergehens in der Natur sind grundlegende Themen ihres Schaffens. Gerade in unserer hochgradig gefährdeten globalen Lebenssituation taucht die Frage danach auf, wohin wir gehen oder "wie soll es nun weitergehen?" Ingrid Loibl beschreibt ihre Arbeit als Spurensuche.

Uralte Mythen und Märchen bergen tief verschüttete kollektive Erinnerungen, die durch Bilder ein uns Menschen innewohnendes Ahnen wachrufen. Sie taucht in eine Welt ein, die zu den Wurzeln des Menschseins führt.

Öffnungszeiten: Montag – Samstag 9.00 – 12.00 Uhr bis 2. Juli 2011 und gegen Voranmeldung unter 0676/92 99 686

## Lesung mit Ruth Aspöck und Robert Eglhofer „Reisen auf eigene Faust“

Von Erlebnissen in Kuba, Italien und anderswo.

Freitag 1. Juli 2011 19.00 Uhr in den Räumen der Kultur Mitte – Krems, Obere Landstraße 8.

**Ruth Aspöck**, Autorin und Theaterwissenschaftlerin aus Wien, liest Texte von einer Fahrt durch spanische Länder.

**Robert Eglhofer**, Autor, Germanist und Anglist aus St. Pölten, wird über sein Jahr als Lehrer in England, vielleicht auch Gedichte in englischer Sprache lesen.

